

# Rhein- und Lahn-Anzeiger

## Amts-Blatt der Stadt Nastätten.



Der Umfang des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ füllt in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 3.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 9.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Abgebildete sind im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weitest Verbreitung und werden die halbpalmenen Nonpareilzettel oder deren Raum mit Mk. 1.—, die Reflamazette mit Mk. 2.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878. Druck und Verlag: Mülbacher Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Begründet 1878.

Nr. 149

Nastätten, Dienstag, den 20. Dezember 1921

44. Jahrgang

### Die Kredithilfe der deutschen Landwirtschaft.

Der Reichsausschuss der Deutschen Landwirtschaft, der in Berlin zu einer Tagung zusammengetreten ist, fasste in der Vollversammlung zur Frage der Kreditation der Landwirtschaft an der Kreditation einen hochbedeutenden Beschluss, in dem es u. a. heißt:

„Friedensvertrag und Londoner Ultimatum legen dem deutschen Volke Unmögliches auf. Hier hat die geschlossene und gemeinsame Tätigkeit der deutschen Landwirtschaft einzusetzen, um Rettung zu bringen. Dieses Hilfswerk aus sich selbst heraus aufzubauen und hierfür große Mittel aufzubringen, ist die deutsche Landwirtschaft berechtigt. Sie wird Einrichtungen treffen, die dem Einzelnen Last und Risiko tragbar machen helfen. Die Ausföhrung hat die Landwirtschaft durch ihre berufenen Organe — die Landwirtschaftskammern — zu übernehmen, denen die hierzu notwendigen Befugnisse zu übertragen sind. Jeder haantliche Zwang muß ausgeschlossen bleiben. Dem schon in Abnung befindlichen Boden muß abgerungen werden, was irgend möglich ist.“

Die Durchführung ist nur möglich, wenn die Regierung die grundlegenden Voraussetzungen hierfür schafft: Tatsächliche Sicherung von Person und Eigentum, wirksamer Schutz des landwirtschaftlichen Betriebes gegen tödliche Eingriffe, ausreichende und rechtzeitige Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichem Dünger und anderen Produktionsmitteln. Maßnahmen zur Deckung des landwirtschaftlichen Arbeiterbedarfs. Ein geeigneter Weg ist die steuerliche Berücksichtigung von Eigenkapital, das der Landwirt zur dauernden und nachhaltigen Steigerung des Ertrages in der eigenen Wirtschaft aufwendet.“

### Deutschland verlangt Stundung.

Die Bedingungen des Londoner Ultimatums sind unerfüllbar.

Der Reichskanzler hat dem Präsidenten der Reparationskommission und den alliierten Regierungen eine Note folgenden Inhalts überreichen lassen:

„Wie ich der Reparationskommission bei ihrer letzten Anwesenheit in Berlin erklärt habe, ist die Deutsche Regierung auf das ernstlichste bemüht gewesen, die beiden nach dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 bevorstehenden Zahlungen zu sichern. Da dies nur mit Hilfe einer im Ausland aufzunehmenden Anleihe gelingen konnte, und hierbei eine wesentliche Mitwirkung der englischen Finanzwelt unerlässlich war, hat die Deutsche Regierung in England wegen einer solchen Anleihe verhandelt.“

Von maßgebender Stelle ist ihr jedoch erwidert worden, daß unter der Herrschaft der Bedingungen, die zurzeit für die Zahlungsverpflichtungen der Deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend seien, eine solche Anleihe in England nicht zu erlangen sei, und zwar weder als langfristige Anleihe noch als kurzfristiger Baukredit.“

Unter diesen Umständen kann die Deutsche Regierung nicht mehr damit rechnen, daß es ihr gelingen wird, diejenigen Beträge in voller Höhe zu beschaffen, die nötig wären, um die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Raten zu bezahlen. Selbst bei aller Anstrengung und unter Nichtachtung ihrer budgetären Lage wird die Deutsche Regierung für diese Termine außer dem Wert der Sachleistungen und der Guthchriften nicht mehr als ungefähr 150 bis 200 Millionen Goldmark aufbringen können.“

Die Deutsche Regierung sieht sich daher genötigt, bei der Reparationskommission für den nicht erfüllten Restbetrag der Raten vom 15. Januar und 15. Februar einen Zahlungsausschub zu beantragen. Sie beschränkt sich zunächst auf diesen Antrag,

obwohl sie sich bewußt ist, daß sie bei den nächstfolgenden Raten gleichfalls mit Schwierigkeiten zu rechnen haben wird.“

### Die Gründe der Stundungsnote.

Von besonderer amtlicher Seite wird zu der neuen, überraschenden Stundungsnote ergänzend ausgeführt, daß in den verschiedenen Verhandlungen, die von der Reichsregierung mit der Reparationskommission geführt worden sind, immer wieder darauf hingewiesen worden ist, daß Deutschland die Welt, besonders England, um Kredit angehen sollte. Es sind daraufhin offiziell und inoffiziell Schritte unternommen worden, und zwar vornehmlich in London. Als Vermittler diente dabei der Präsident der Deutschen Reichsbank Hagenstein, der sich mit der englischen Hochfinanz in Verbindung setzte. Die Antwort, die von englischer Seite erteilt worden ist, ist wörtlich in die Note aufgenommen worden in dem Absatz, der beginnt: „von maßgebender Seite.“

Durch diese Antwort ist festgestellt worden, daß unter den Bedingungen des Londoner Ultimatums weder ein langfristiger noch ein kurzfristiger Kredit auf dem Weltmarkt von Deutschland erlangbar ist. Dadurch erweist sich eine höchst bedenkliche Situation. Bisher hat die Welt sich unseren Bemühungen verschlossen. Es ist dies das erste Mal, daß das deutsche Reparationsproblem in die Zusammenhänge der Weltwirtschaft gerückt worden ist.“

Der negative Sinn der uns aus London erteilten Antwort ist der, daß unter der Herrschaft der Londoner Bedingungen Deutschland nicht für kreditwürdig gehalten wird. Die selbstverständliche Folgerung daraus ist, daß

das Ultimatum von London aufgehoben werden muß.

Es kommt nun darauf an, daß das Reparationsproblem nicht aus der Diskussion der Welt verschwinde. In dem Verlauf der seit Abschluß des Londoner Ultimatums dahingegangenen acht Monate hat man erkannt, daß die deutschen Zahlungen nicht ein deutsches, sondern ein europäisches und damit ein Weltwirtschaftsproblem bedeuten.“

Als Träger dieser Erkenntnis treten die Vertreter der englischen Hochfinanz vor uns hin. Seit dem 10. Mai hat sich die Lage wesentlich geändert. Die englische Regierung hat infolge der politischen Vorgänge der letzten Zeit jetzt die Möglichkeit, ausgehend von den Sorgen, die die allgemeine Arbeitslosigkeit ihr und der ganzen Welt machen, sich den Fragen des Reparationsproblems zuzuwenden. So ist die Frage zum ersten Male von der Gegenseite aufgerollt und durch die deutsche Note, die nicht nur ein Stundungsbegehren darstellt, vielmehr in ihrem Schlußatz das Problem in seinen ganzen Tiefen aufrollt.“

### Die Antwort.

#### Drei Rückfragen der Reparationskommission.

Sonabend wurde der Reichsregierung die Antwort der Reparationskommission auf die deutsche Note mitgeteilt. Die Note enthält drei Fragen:

Es wird erstens Aufklärung darüber verlangt, welche Einzelbeträge von den in der deutschen Note angekündigten Zahlungen für Januar, Februar in den einzelnen Monaten geleistet werden können.

Zweitens: Wie lange der Ausschub dauern soll, und drittens: welche Garantien während des Ausschubs für Vollerleistung gegeben werden könnten.“

### Eine Rede Wirths.

#### Begründung der deutschen Note.

Im Hauptauschub des Reichstages hielt Reichskanzler Dr. Wirth eine längere Rede, in welcher er die Note eingehend begründete. Seine Ausführungen

bedenken sich inhaltlich mit den bereits bekannt gewordenen Mitteilungen. Er führte dann weiter aus, daß wir der wachsenden wirtschaftlichen Erkenntnis auf Entente Seite — noch sei der Moment zum Aufatmen nicht gekommen, jeder falsche Optimismus wäre gerade jetzt völlig verfehlt — durch

einschneidende, innerpolitische Maßnahmen, durch Beweise, daß wir an unserem Teile alles tun werden, entgegenkommen müßten. Wir müßten

1. unsere Staats möglichst rasch verabschieden,
2. dafür sorgen, daß Post- und Eisenbahnetat balanzieren.“

In einem solchen Augenblick müßte das Parlament, ganz ohne Rücksicht darauf, ob es sich dadurch populär macht oder nicht, den Nachdruck darauf legen, der Welt zu zeigen, daß wir entschlossen sind, unsere eigenen inneren Verhältnisse auf solide und wirtschaftliche Grundlagen zu stellen.“

#### Vor den kommenden Entscheidungen.

Mit großer Spannung — so fuhr der Kanzler fort — sehen wir den Beziehungen der alliierten Staatsmänner entgegen. Nicht nur wir in Deutschland haben vielfach eine Scheinwirtschaft, die unter dem Sturz der Valuta künstlich aufgebildet ist. Diese Scheinblüte, die uns von der Gegenseite vielfach als Vorwurf vorgehalten wird, zeigt sich in England und Amerika in der großen Arbeitslosigkeit. Diese Fragen sind in England und Amerika nicht lösbar, wenn man nur von dem Friedensverträge in Versailles und dessen Diktaten, insbesondere dem nachfolgenden Diktat in London ausgeht. Diese Fragen sind nur lösbar und werden eine Lösung nur finden, wenn nicht nur die englische Politik selbst ihre Blicke wieder dem europäischen Kontinent zuwendet.“

Die Wege werden wir nur ebnen können, wenn wir hier im Deutschen Reichstag entschlossene Parteien finden, die hinter die Regierung treten und die innerpolitischen Notwendigkeiten der außenpolitischen Lage unterordnen. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung und, wenn nötig, in den kommenden Tagen um die unbedingt notwendige politische Entscheidung im Deutschen Reichstage für die Führung der Gesamtpolitik des Deutschen Reiches.“

### Neuregelung der Einkommensteuer.

#### Weitere Ermäßigungen der Steuerfüge.

Die Einkommensteuerverträge werden schon wieder einmal (zum wievielten Male jetzt schon?) revidiert werden müssen, weil sie der Geldentwertung durchaus nicht mehr angepaßt sind. Das Zentrum hatte in diesem Sinne einen Antrag im Reichstag eingebracht, der für die niedrigeren Stufen des Steuertarifs wesentliche Ermäßigungen vorsieht und die Abzüge für das steuerfreie Existenzminimum und die Werbungskosten bei der Lohnsteuer erhöhen will. Im Steuerauschuß des Reichstages hatten die Sozialdemokraten einen noch weitergehenden Antrag eingebracht, nach längerer Aussprache einigte man sich schließlich auf folgendes Kompromiß:

10 Prozent beträgt die Einkommensteuer fortan bei Einkommen bis zu 50 000 Mark (bisher 24 000 M.), für die nächsten 10 000 M. ist der Steuersatz 15 Prozent, für die weiteren 20 000 M. 20 Prozent, für die weiteren 20 000 M. 25 Prozent, für die weiteren 100 000 M. 30 Prozent, für die weiteren 100 000 M. 35 Prozent, für die weiteren 200 000 M. 40 Prozent, für die weiteren 500 000 M. 45 Prozent, für die weiteren 500 000 M. 50 Prozent, für die weiteren 500 000 M. 55 Prozent und für die weiteren Beträge 60 Prozent.“

Als feste Ermäßigungen zur Abgeltung des steuerfreien Existenzminimums sollen fortan von der Steuer abgezogen werden: Für den Steuerpflichtigen selbst und für die Ehefrau 240 M. (bisher 120 M.) bei einem Einkommen bis zu 50 000 Mark, für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen gehörige minderjährige Kind 80 M. (bisher 40 M.) bei einem steuerbaren Einkommen bis zu 200 000 M.

Für die festen Abzüge bei Lohn- und Gehaltsempfängern werden als Abgeltung der Werbungskosten folgende Sätze festgelegt: bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Kalendermonate 45 M. monatlich, für volle Kalenderwochen 10,90 Mark wöchentlich, für volle Arbeitstage 1,90 M. täglich, für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden 0,45 M.“

Die Novelle, die nach Annahme durch den Ausschub zweifellos die Zustimmung des Plenums finden wird, soll so beschleunigt werden, daß sie schon am 1. Januar in Kraft treten kann.“

### Die Durchführungsbestimmungen zur Lohnsteuer.

Während bereits im Reichstagsauschuß wieder einschneidende Änderungen für die Einkommensteuer beraten werden, kommen die Durchführungsbestimmungen des Reichsfinanzministers zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn heraus. Auf 80 Quartseiten werden in nicht mehr als 85 Paragraphen behandelt: der Arbeitslohn, die Berechnung des Steuerabzuges, die Ausstellung der Steuerbücher, die Ergänzungen und Berechtigungen der Eintragungen der Gemeindebehörde im Steuerbuche, der Steuerabzug durch Marken wie durch Einzahlung oder Ueberweisung, die Nachordnung des Abzuges, die Abgabe der Steuererklärung, die Uebergangs- und Schlußbestimmungen. Beigefügt sind Vordrucke für das Steuerbuche, das Steuerüberweisungsblatt, das Arbeitgeberkontobuch usw. Diese umfangreichen Bestimmungen werden also, kaum daß sie herausgekommen sind, wieder umfangreichen Revisionen unterzogen werden müssen.“

### Valutaschwankungen

#### und Getreidepreis.

#### Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Noch mehr als sonst waren die Preisschwankungen für Getreide in verfloßener Woche von den Notierungen der ausländischen Zahlungsmittel abhängig. Diese gingen in fortwährend nervösem Hin und Her in den ersten Tagen hauptsächlich abwärts, um dann auf durchschnittlich niedrigem Niveau, aber doch seit Mittwoch wieder befestigt, zu verbleiben.“

Verhältnismäßig wenig reagierte darauf die Marktlage für Weizen, vielmehr war sie in der Hauptsache sehr schwach geblieben, weil die Kaufkraft der Mäßen fortwährend mangelte. Ueber den Gang des Weizenmehlgeschäftes wird sehr geklagt.“

Anders war die Lage im Roggengetreide. Auch hier blieb anfänglich die Tendenz schwach. Sehr bald aber kamen die Preise zum Dalen; denn mit dem 15. Dezember war die Frist für die Ablieferung des zweiten Viertels der Umlage abgelaufen und damit hing es wohl zusammen, daß allmählich bald für die eine, bald für die andere Gegend sich Kaufkraft für Umlagezwecke einfindet. Andererseits war das Angebot durchaus schwach und das Befestigte wiederholt die Marktlage, trotzdem für den freien Handel verhältnismäßig wenig Nachfrage bestand. Weiteres hing auch in der Hauptsache mit dem schwierigen freien Roggenmehlgeschäft zusammen.“

Im Getreide mit Gerste sind die Brauer ersichtlich wählerischer geworden, sie kaufen in der Hauptsache nur gute Qualitäten nach Mustern, während geringe und mittlere Sorten sehr vernachlässigt werden.“

Das Gasegeschäft ist unregelmäßig geworden. Die erste Hand kommt nur spärlich mit Wasser heraus, aber auch der städtische Konsum zeigt sich nicht sonderlich aufnahmefähig. Immerhin haben wir vom Wasser keine erheblichen Bestände an den Zentralmärkten und das bewirkt immer wieder ein Anflutern der Nachfrage.“

Für Mais fand auf Lieferung per Januar und auch für die darauffolgenden Monate ein regelmäßigeres Geschäft als vorher statt. Neue Anschaffungen haben sich gemehrt. Nahe Ware bleibt dauernd gefragt, für spätere ist nach dem Rückgang der amerikanischen Preise und infolge der gegen die vorhergehenden Wochen niedrigeren Devisen mehr Angebots. So daß, auch vielfach unter amtlicher Notiz, zu kaufen war.“





